

ANFRAGE von Martin Huber (FDP, Neftenbach), Marc Bochler (SVP, Wettswil a. A.), Gabriel Mäder (GLP, Adliswil) und Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil)

Betreffend Ergänzung der Individuellen Prämienverbilligung um Wohngeld-Komponente als Ersatz für den sozialen Wohnungsbau

Der Kanton Zürich steht vor grossen Herausforderungen im Bereich des Wohnungsbaus. Lange Wartelisten für Sozialwohnungen, hohe Verwaltungskosten durch parallele Strukturen und begrenzte Wahlfreiheit für Betroffene prägen das aktuelle System.

Internationale Beispiele wie Österreich zeigen, dass eine Nachfrageunterstützung (Wohngeld) eine effizientere Alternative zum herkömmlichen sozialen Wohnungsbau darstellen könnte. Dabei würde das Wohngeld als Ergänzung zur bestehenden Individuellen Prämienverbilligung (IPV) in den gleichen administrativen Prozessen abgewickelt und mit den gleichen Parametern (Einkommensgrenzen, Vermögensgrenzen etc.) den bisherigen sozialen Wohnungsbau ersetzen.

Ein solches System würde Betroffenen ermöglichen, auf dem gesamten Wohnungsmarkt eine Wohnung zu suchen, statt auf wenige spezielle Standorte angewiesen zu sein. Gleichzeitig könnten durch die Nutzung der bereits etablierten IPV-Strukturen erhebliche administrative Effizienzgewinne erzielt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, die bestehende Individuelle Prämienverbilligung (IPV) um eine Wohngeld-Komponente zu ergänzen, welche den bisherigen sozialen Wohnungsbau vollständig ersetzt?
2. Könnten die bereits etablierten IPV-Parameter (Einkommensgrenzen, Vermögensgrenzen, Berechnungsmodelle) für das Wohngeld übernommen werden, um administrative Synergien zu schaffen?
3. Welche Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen wären durch die vollständige Ablösung des sozialen Wohnungsbaus durch ein erweitertes IPV-System zu erwarten?
4. Wie lange sind die durchschnittlichen Wartelisten für Sozialwohnungen und wie könnte ein marktintegriertes Wohngeld-System diese Problematik lösen?
5. Welche Vor- und Nachteile sieht der Regierungsrat in einem System, das Wohnunterstützung über den gesamten Wohnungsmarkt verteilt, statt dass es sich auf spezielle Sozialwohnungen konzentriert?
6. Wie könnte die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus zugunsten eines marktintegrierten Wohngeld-Systems die Wahlfreiheit der Betroffenen erhöhen und zur besseren Durchmischung in den Quartieren beitragen?
7. Ist der Regierungsrat bereit, einen Pilotversuch für die Ablösung des sozialen Wohnungsbaus durch ein erweitertes IPV-System zu prüfen?
8. Welche rechtlichen Grundlagen wären für die Ergänzung der IPV um eine Wohngeld-Komponente und die gleichzeitige Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus erforderlich?

Martin Huber
Marc Bochler
Gabriel Mäder
Tina Deplazes